

Position: Autofreie Innenstädte bis 2035

Unser Ziel ist, dass bis 2035 alle Städte in Baden-Württemberg autofrei sind. Dabei beziehen sich unsere Forderungen primär auf den motorisierten Individualverkehr von Personen, die nicht aufgrund von Behinderungen oder aus medizinischen Gründen auf ein Auto angewiesen sind.

Um dieses Ziel schrittweise zu erreichen, fordern wir Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf, auf allen Ebenen sofort und konsequent zu handeln. Konsequent handeln bedeutet, dass ein gestaffelter Übergang vom verantwortungslosen Autofahren hin zur klima- und gesundheitsbewussten Mobilität im Austausch mit allen Beteiligten und besonders betroffenen Personengruppen gestaltet wird.

Folgende Forderungen sind erste Schritte auf dem Weg zur autofreien Stadt:

- Jährlich erweitert und wartet die Stadt Fahrradwege und achtet auf ihre Sicherheit. Neue Radwege entstehen auf Flächen, die zuvor dem motorisierten Individualverkehr vorbehalten waren. Verkehrsabschnitte mit hohem Auto- und Bahnverkehr erhalten Lärmschutz.
- Die Zahl der Fahrradstellplätze und städtischen Mieträder werden jährlich erhöht und gewartet.
- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird ausgebaut. Er erweitert sein Einzugsgebiet und berücksichtigt auch ländliche und abgelegene Gebiete mindestens in einem Stundentakt. Der ÖPNV ist preiswert. Finanziell schwache Gruppen fahren kostenfrei.
- Innerstädtische Parkmöglichkeiten für Autos werden minimiert. Die entstandenen Freiflächen werden zu Grünanlagen, Jugendtreffs oder Sportanlagen umgebaut. Verbleibende Parkmöglichkeiten sind immer teurer als mit den Öffentlichen in die Stadt rein und raus zu fahren.
- Neben Parkflächen werden Verkehrsflächen umgewidmet und für ein zusammenhängendes Radwegenetz, sowie für öffentliches Leben genutzt.
- In den Unterhaltskosten für Autos spiegeln sich die realen Kosten, die aufgrund der sozialen und ökologischen Schäden entstehen, wieder. Das bedeutet, dass sowohl der Besitz eines Autos, als auch dessen Treibstoff stärker besteuert wird. Steuervorteile für Dienstwagen werden abgeschafft.
- An Sonn- und Feiertagen herrscht komplettes Fahrverbot für alle gemeinten Personengruppen (s. Satz 2).
- Innerorts herrscht ein generelles Geschwindigkeitslimit von 30 km/h, um die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.
- Volljährige Personen, die kein Privatauto nutzen, erhalten ein Jahresabo für den ÖPNV oder einen gleichwertigen Gutschein um damit Fahrradzubehör und -bekleidung, auf Kosten der Kommune zu kaufen.

Beschluss der Mitgliederversammlung der BUNDjugend Baden-Württemberg am 26.11.2017 in Freiburg